

16/17

84

Union in Deutschland

Bonn, den 17. Mai 1984

**32. Bundesparteitag der CDU
vom 8.-11. Mai in Stuttgart**

Es geht wieder aufwärts mit Deutschland

Nach einer schwierigen Zeit der Stagnation und Rezession befindet sich die deutsche Wirtschaft wieder eindeutig auf Wachstumskurs. Wir haben nicht nur vom Aufschwung geredet, der Aufschwung ist da, erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl auf dem 32. Bundesparteitag der CDU in Stuttgart.

Ein Blick zurück zeigt, daß dies nicht von allein gekommen ist. Wir haben dafür hart gearbeitet. In ein paar Sätzen will ich doch daran erinnern, wie es war, damals, im Oktober 1982.

Innerhalb von zwei Jahren war die Zahl der Arbeitnehmer ohne Beschäftigung um über eine Million gestiegen. Die Zahl der Arbeitsplätze hatte um 800 000 abgenommen. Statt Wirtschaftswachstum gab es bereits im zweiten Jahr eine Schrumpfung des erarbeiteten Sozialprodukts. Die Preisstabilität war verlorengegangen. Und am bedrückendsten war: Es gab kaum eine Aussicht auf eine Umkehr dieser verhängnisvollen Entwicklung. Das war in der Tat die Erblast, die wir übernommen haben. Wir

In dieser Ausgabe lesen Sie:

Argumente der Union in bezug auf den Gesetzentwurf zur Straffreiheit für Parteispenden. Dazu der Wortlaut eines Briefes des ehemaligen Bundesbankpräsidenten Karl Klasen an den SPD-Fraktionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel.

(blauer Teil)

Steuermoral mit doppeltem Boden weißer Teil, Seite 11

Die auf dem 32. Bundesparteitag in Stuttgart verabschiedeten Leitsätze für die 80er Jahre. – Deutschlands Zukunft als moderne und humane Industrialisation –

(grüner Teil)

Aufruf der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands zur Wahl des Europäischen Parlaments am 17. Juni 1984.

(gelber Teil)

Redebroschüren und Materialien des 32. Bundesparteitages auf den Seiten 13 und 14 im weißen Teil.

Der UiD erscheint wegen des Druckerstreiks etwas verspätet. Wir bitten um Verständnis.

sollten das ein Jahr danach nicht vergessen. Wir sollten es auch vor allem deswegen nicht vergessen, weil die Unverfrorenheit, mit der führende deutsche Sozialdemokraten über diese Zeit sprechen, nur noch von Frechheit zu überbieten ist.

Wir wollen uns nicht lange bei dem Thema „Gestern“ aufhalten. Aber es mutet einen schon seltsam an, wenn man in Wochenzeitungen etwa die Ratsschläge kluger Leute liest, die ich gern in vielen Punkten beherzige, zu denen ich nur die einzige Frage habe, liebe Freunde: Warum hat der Mann das alles nicht getan, als er auf dem Stuhl saß, auf dem jetzt ich sitze?

Heute hat sich das Bild gewandelt. Die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft hat eine unübersehbare Trendwende herbeigeführt. Aus Schrumpfung ist wieder reales Wirtschaftswachstum geworden. Die Investitionen haben deutlich zugenommen. Alle Prognosen signalisieren die Fortsetzung des Aufschwungs. Die Pleitewelle ist gebrochen. Die Zahl der Unternehmensgründungen wächst. Nach Jahren schleichender Geldentwertung durch hohe Inflationsraten haben wir wieder stabile Preise.

Dieser Stabilitätsgewinn hat den Bürgern im Jahre 1983 eine Kaufkraft in Höhe von 20 Milliarden DM gesichert. Das ist ganz konkrete Sozialpolitik. Diese Summe hat mehr zur Ankerbelugung der Wirtschaft beigetragen als jedes denkbare sozialistische Sonderausgabenprogramm.

Politik für stabile Preise ist immer das sicherste Fundament erfolgreicher Wirtschaftspolitik.

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Rückgang der Beschäftigung sind zum Stillstand gekommen. Wir sind noch lange nicht über den Berg – um es deutlich zu sagen –, aber diese Entwicklung

ist ermutigend, vor allem wenn man auch bedenkt, daß nach allen Erfahrungen bei jedem Konjunkturaufschwung der Arbeitsmarkt erst mit Verzögerung auf die verbesserte Wirtschaftslage reagiert hat. Die Kapazitäten unserer Industrien sind wieder spürbar besser ausgelastet. Eine halbe Million ehemaliger Kurzarbeiter bezieht inzwischen wieder vollen Lohn. Es werden mehr Stellen angeboten. Mit einem Wort: Der Arbeitsmarkt ist in Bewegung geraten.

Besonders erfreulich ist der Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit um rund 14 Prozent. Unser Engagement für mehr Lehrstellen war ein voller Erfolg.

Um das törichte Gerede von der Lehrstellenlüge ist es still geworden. Wenn all jene, die damals junge Leute aufgehetzt haben, sich selbst um Lehrstellen bemüht hätten, wäre die Zahl der Lehrstellen noch viel größer geworden.

Insgesamt zwei Millionen junge Leute erhalten gegenwärtig eine qualifizierte Ausbildung in den Betrieben der Bundesrepublik Deutschland. Unter ihnen sind die Meister von morgen. Auf diese Leistung unseres dualen Systems der Berufsausbildung können wir stolz sein. Das gibt es nirgendwo auf der Welt, auch nicht in Japan, auch nicht in den USA.

Bevor wir die Regierungsverantwortung übernehmen, hatten viele – vor allem ältere Mitbürger – Angst um die soziale Sicherheit. Heute erinnert sich kaum mehr einer an diese Zeit. Unsere Krankenversicherungssysteme – Renten, Krankenkassen, Arbeitslosenversicherung, Sozialleistungen – sind wieder tragfähig und zuverlässig. Wir leben nicht mehr über unsere Verhältnisse, und wir werden nicht zulassen, daß derart lichterliche Verhältnisse wieder einkehren. Der Abschied von leichtfertigen Zusagen früherer Jahre war unumgänglich, wenn das soziale System als Ganzes

gerettet werden sollte. Als wir anfangen, waren die Staatsfinanzen zerrüttet. Wir haben sie noch nicht ganz in Ordnung gebracht, aber wir sind, wie jeder weiß, auf einem guten Weg. Mit dem Geld des Bürgers wird wieder solide gewirtschaftet. Wir sind noch nicht am Ende des Weges der Konsolidierung angelangt.

Diejenigen, die mit dem Wort vom Kaputtsparen durch das Land zogen, sehen heute, daß diese konsequente Politik der Gesundung der Staatsfinanzen den wirtschaftlichen Aufschwung überhaupt erst ermöglicht hat, daß dadurch Verbraucher, Unternehmer – wieder Vertrauen gewonnen haben. Wir haben vor allem mit einem Schluß gemacht, wir sollten das draußen viel deutlicher sagen –, nämlich damit, unsere heutigen Probleme zu Lasten der Generationen unserer Kinder und Enkel zu lösen. Dies war eine zutiefst unmoralische Politik.

Diese Bilanz ist heute im In- und Ausland ganz und gar unbestritten. Dennoch sage ich an unsere eigene Adresse ganz nachdenklich: Trotz dieser guten Ergebnisse und der Tatsache, daß wir auf einem guten Weg sind, sind wir noch nicht über den Berg. Fehlentwicklungen vieler Jahre – etwa auf dem Arbeitsmarkt – lassen sich nicht über Nacht korrigieren. Die unübersehbare Wirtschaftswandlung vom Norden in den Süden unseres Vaterlandes mit einer zunehmenden Struktur Schwäche etwa an Rhein und Ruhr, in den Küstenländern, in den Hansestädten ist nicht über Nacht gekommen und kann nicht über Nacht abgebaut werden. Sie muß aber abgebaut werden, wenn wir gemeinsam bundesstaatliche Gesinnung üben wollen.

Eine nachhaltige Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt verlangt Verantwortungsbewußtsein und Augenmaß. Wir müssen die Weichen so stellen, daß

der konjunkturelle Aufschwung in einen langanhaltenden Wachstumsprozeß übergehen kann. Die Erhaltung unserer Wettbewerbsfähigkeit als Exportnation ist die elementare Voraussetzung für alles. Ein Land, das rund ein Drittel seiner Güter in den Export gibt, kann nur existieren, wenn es preiswerte und qualitativ hochwertige Produkte anbietet. Alles andere führt in die Irre.

Ich fasse kurz zusammen: Wir wollen mehr Raum für Eigeninitiative, mehr Raum für persönliche Verantwortung. Auf Grundlagen und Rahmenbedingungen staatlichen Handelns müssen sich die Bürger und vor allem jene, die in der Wirtschaft Verantwortung tragen, dauerhaft verlassen können. Politik muß wieder ein verlässlicher Partner werden. Wir müssen damit aufhören, daß die Novellierung von Gesetzen in dem Moment beginnt, in dem die alten Gesetze gerade in der Druckerschwärze trocken geworden sind. Dies ist kein Zustand, der beim Bürger Vertrauen schafft.

Wir wollen einen Staat, der handlungsfähig ist. Deswegen brauchen wir den demokratischen Rechtsstaat, der Autorität hat und in Anspruch nimmt. Deswegen müssen wir an einer Politik der Gesundung der Staatsfinanzen festhalten.

Wir wollen soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit. Dies ist die Voraussetzung für den inneren Frieden unseres Landes. Wir wollen und müssen den notwendigen Strukturwandel anregen. Dazu gehören aber freier Wettbewerb und freier Welthandel und Kampf dem Protektionismus auf allen Märkten der Welt.

Mit den Stuttgarter Leitsätzen zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft geben wir unsere Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit für eine moderne und humane Industrienation (siehe grüner Teil).

Der Aufschwung muß weitergehen Er darf nicht kaputtgestreikt werden

Die Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland steht im Frühjahr 1984 im Zeichen eines konjunkturellen Aufschwungs. Die Regierung Helmut Kohl hat gehalten, was sie versprochen hat: Der Aufschwung ist da. Nachdem unter der SPD-Regierung das Bruttosozialprodukt 1981 um 0,3 Prozent und 1982 um 1,1 Prozent zurückgegangen war, schreiben wir jetzt wieder schwarze Zahlen. 1983 wuchs unsere Wirtschaft um 1,2 Prozent. 1984 können wir von einem Wachstum von 3 Prozent ausgehen. Dies bestätigen alle Wirtschaftssachverständigen.

Während die Forschungsinstitute in ihrem Herbstgutachten noch von einem Wachstum von 2,5 Prozent ausgingen, sagen sie jetzt sogar eine Zunahme des Bruttosozialprodukts von etwas mehr als 3 Prozent aus.

Auch die Auftragseingänge in der Wirtschaft sind in den ersten Monaten 1984 weiter gestiegen. Im Januar und Februar 1984 haben die Bestellungen im Verarbeitenden Gewerbe im Vergleich zum Vorjahr um real 10,5 Prozent zugenommen. Die Auslandsaufträge waren sogar um 17,5 Prozent höher als vor einem Jahr. Die inländische Nachfrage nahm zur gleichen Zeit um 7 Prozent zu.

Auch die Belegung der Produktion hat sich weiter fortgesetzt. Besonders positiv ist zu werten, daß sich diese Entwick-

lung auf immer mehr Wirtschaftszweige erstreckt. Im Vergleich zum Vorjahr wurde im Januar und Februar 1984 die Produktion im Verarbeitenden und Produzierenden Gewerbe um 7,5 Prozent ausgeweitet. Im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe nahm sie sogar um 11 Prozent zu, im Bauhauptgewerbe um 15 Prozent.

Darüber hinaus hat der Außenhandel zugenommen. Der entsprechende Vorjahresstand wurde im Januar bei den Ausfuhren um 13 Prozent und bei den Einfuhren um 17 Prozent übertroffen. Vor allem das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe hat seine Ausfuhr kräftig erhöht. Auch das Verbrauchsgütergewerbe konnte aufgrund der konjunkturellen Belebung auf wichtigen Exportmärkten mehr absetzen. Das ist besonders wichtig für uns: In der Bundesrepublik Deutschland hängt jeder dritte Arbeitsplatz vom Export ab (zum Vergleich: In den USA hängt jeder 10. Arbeitsplatz und in Japan jeder 8. Arbeitsplatz vom Export ab).

Die in den letzten Jahre sprunghaft gestiegene Zahl von Firmenzusammenbrüchen konnte 1983 gestoppt werden. Gleichzeitig ist die Zahl der Existenzgründungen stark angewachsen. 1983 förderte allein die Lastenausgleichsbank insgesamt 16 500 Gründungsvorhaben mit einem Fördervolumen von 1,3 Milliarden Mark. Durch die Finanzierungshilfen der Bank wurden allein im letzten Jahr 80 000 Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert. Auch zu Beginn dieses Jahres ist die Nachfrage nach dem Programm weiterhin stark ange-

stiegen. Alleine in den beiden ersten Monaten 1984 sind 7000 Anträge auf Existenzgründungsdarlehen aus ERP-Mitteln und auf Eigenkapitalhilfe gestellt worden, das sind 2100 mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Die Voraussetzungen für den Abbau der Arbeitslosigkeit sind so günstig wie schon lange nicht mehr. Dies bestätigen die jüngsten Arbeitslosenzahlen der Bundesanstalt für Arbeit für den April 1984. Im März und April ist die Zahl der Arbeitslosen um fast 300 000 zurückgegangen. Erstmals seit Mai 1980 liegt die Arbeitslosigkeit unter dem Vorjahresstand. Die Zahl der Kurzarbeiter ist um ein gutes Fünftel zurückgegangen, die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen nahm um fast 15 Prozent ab. Gleichzeitig stieg die Zahl der offenen Stellen um 16,7 Prozent.

Jetzt geht es darum, daß der Aufschwung gesichert und fortgesetzt wird. Er darf nicht kaputtgemacht werden. Die Wirtschaftsforschungsinstitute warnen in ihrem Frühjahresgutachten 1984 eindringlich vor der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich „als bedeutendes und akutes Risiko“, das diese günstige Entwicklung gefährden könnte.

Auch der Sachverständigenrat hat in seinem Jahresgutachten 1983/84 auf die Gefahren eines Arbeitskampfes hingewiesen: „Wir gehen auch davon aus, daß der Volkswirtschaft ein langwieriger Arbeitskampf erspart bleibt. Anderenfalls wären nicht nur die unmittelbaren Ausfälle bei der Produktion in Rechnung zu stellen, es würde sich aller Voraussicht nach auch das wirtschaftliche Klima verschlechtern.“

Trotz der Warnungen der Sachverständigen fordert die SPD gemeinsam mit dem größten Teil der Gewerkschaften nach

wie vor die generelle Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, obwohl dadurch der Wirtschaftsaufschwung gefährdet wird. Mit der Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich würden die Personalkosten um 14,3 Prozent und die Personalfolgekosten um rund 4,5 Prozent ansteigen. Dies hätte z. B. im Anlagenbau zur Folge, daß 15 000 zusätzliche Arbeitsplätze nicht geschaffen werden können.

Die Einführung der 35-Stunden-Woche bedroht vor allem kleine und mittlere Betriebe in ihrer Existenz und damit genau diejenigen, die besonders viele Arbeitsplätze zur Verfügung stellen; denn im Mittelstand sind rund zwei Drittel der deutschen Arbeitnehmer beschäftigt. Durch die 35-Stunden-Woche würden hier Arbeitsplätze gefährdet.

Die Behauptung der Gewerkschaften, die 35-Stunden-Woche schaffe zusätzliche Arbeitsplätze, wird durch das Beispiel des Handwerks widerlegt, das rund 4 Millionen Arbeitnehmer beschäftigt. Eine Umfrage der Handwerkskammer Düsseldorf bei 2600 befragten Betrieben ergab, daß nur 0,7 Prozent bei einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden eine zusätzliche Arbeitskraft einstellen würden. Ähnlich zeigt sich die Reaktion im Einzelhandel, wo etwa 2,4 Millionen beschäftigt sind. Die Folge der 35-Stunden-Woche sind dann nicht mehr Arbeitsplätze sondern Arbeitsverdichtung, Arbeitsumverteilung und Überstunden.

Bei Arbeitszeitverkürzung und steigenden Betriebskosten wird im Handwerk noch mit einer Zunahme der Schwarzarbeit gerechnet. Das bedeutet, daß den Betrieben Aufträge verlorengehen, was wiederum Arbeitslosigkeit auslöst.

Schon heute wird geschätzt, daß der Anteil der Schwarzarbeit am Bruttosozialprodukt rund 10 Prozent beträgt. Das entspricht über 150 Milliarden Mark.

Die Mehrheit der Bevölkerung ist gegen die 35-Stunden-Woche, selbst bei Lohnausgleich. Das zeigt eine Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen aus dem April 1984. Danach sind 67 Prozent der Bürger gegen die 35-Stunden-Woche.

Mittlerweile wird für die 35-Stunden-Woche in Teilbereichen der Wirtschaft gestreikt (IG-Metall, IG Druck). Zur Zeit streiken in der Metallindustrie in Süd-Westfalen über 13 000 Arbeitnehmer in 15 Betrieben, die fast ausschließlich Zulieferer für die Automobilindustrie sind. Es wird befürchtet, daß schon bald über eine Million Arbeitnehmer von dem Streik betroffen sein könnten, denn in der Automobilindustrie sind 680 000 und in automobilnahen Bereichen weitere 900 000 Menschen beschäftigt. Schon müssen einige Unternehmen (z. B. BMW, Opel, Ford, Conti-Gummi) ihre Produktion einschränken.

Der SPD sind die Folgen für Wirtschaft und Arbeitsplätze offenbar gleichgültig. Sie unterstützt den Streik:

„Die SPD ist beim Kampf um die 35-Stunden-Woche mit den Gewerkschaften IG-Metall und IG Druck und Papier solidarisch. Sie hat von Anfang an in der Sache klar für Arbeitszeitverkürzungen Partei ergriffen. Und sie ist solidarisch gerade jetzt beim Streik der Gewerkschaften, in Bonn und vor Ort, in den bestreikten Betrieben.“

(SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz auf einer Pressekonferenz im Erich-Ollenhauer-Haus anlässlich der Arbeitskämpfe in der Metall- und Druckindustrie in: SPD-Pressedienst Nr. 205/84 vom 15. Mai 1984)

Wie hoch die volkswirtschaftlichen Verluste eines Streiks sind, zeigt ein Beispiel aus dem Jahre 1978. Damals waren bei einem Arbeitskampf in der baden-württembergischen Metallindustrie (es ging um Rationalisierungsschutz) 242 Betriebe und 300 000 Arbeitnehmer betroffen. Durch den Arbeitskampf gingen insgesamt 2,6 Millionen Arbeitstage verloren, der Lohnausfall betrug 450 Millionen Mark, der Wertschöpfungsausfall 2 Milliarden Mark. Der gesamte Umsatzausfall betrug 4,5 Milliarden Mark. An Steuereinnahmen gingen 390 Millionen Mark verloren, der Einnahmeausfall bei der Sozialversicherung betrug 125 Millionen Mark.

Umfragen belegen, daß 78 Prozent der Bevölkerung gegen einen Streik sind: Selbst von denjenigen, die der Forderung nach der 35-Stunden-Woche zustimmen, ist noch ein Drittel gegen einen Streik für die 35-Stunden-Woche.

Die CDU ist nicht gegen Arbeitszeitverkürzung. Aber wir sind gegen eine generelle Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, weil eine solche Lösung nicht neue Arbeitsplätze schafft, sondern vorhandene gefährdet und nichts an der bestehenden starren Arbeitszeitregelung ändert. Vielmehr müssen Arbeitszeitverkürzungen auf die Organisations- und Produktionsstrukturen in den unterschiedlichen Bereichen und bei unterschiedlichen Betriebsgrößen Rücksicht nehmen, wenn sie dem Abbau der Arbeitslosigkeit dienen sollen. Über Vereinbarungen über Verkürzung der Arbeitszeit haben die Tarifvertragsparteien gemeinwohlverantwortlich, unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen, branchenspezifischen und einzelbetrieblichen Rahmenbedingungen und Gegebenheiten zu entscheiden.

Was Großbetriebe, z. B. BMW in München, tun können, können eben viele mittelständische Unternehmen und Betriebe nicht tun.

Die Alternative der CDU zur 35-Stunden-Woche ist der Vorruhestand. Er ist ein wichtiger Beitrag, Arbeitszeitverkürzung mit mehr Selbstbestimmung im Arbeitsleben zu verbinden und ein faires Angebot an die Tarifpartner. Durch die Einbeziehung 58jähriger Arbeitnehmer in die Vorruhestandsregelung wächst der in Frage kommende Personenkreis von Vorruhestandsberechtigten in diesem Jahr um rund 270 000. Das bedeutet für insgesamt 1 Million Arbeitnehmer mehr Wahlfreiheit und für Arbeitslose und Jugendliche mehr Chancen auf einen Arbeitsplatz.

Die Vorruhestandsregelung findet die Zustimmung der Bürger. 78 Prozent sind dafür. Auch 80 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder haben sich für die Vorruhestandsregelung ausgesprochen. Die deutliche Mehrheit, 65,9 Prozent, glaubt, daß man durch eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit die Arbeitslosigkeit verringern kann.

Auch eine Reihe von Gewerkschaften hat sich für eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit ausgesprochen und dadurch gegen die 35-Stunden-Woche zum gegenwärtigen Zeitpunkt votiert. So hat z. B. die Deutsche Angestellten Gewerkschaft im Bankenbereich die Vorruhestandsregelung vereinbart. Die Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten hat mit der Arbeitgebervereinigung Nahrung und Genuß eine Rahmenvereinbarung über die Einführung von Vorruhestandsregelungen in den angeschlossenen Industriezweigen vereinbart. Auch die Industriegewerkschaften Chemie, Bau-Steine-Erden, Textil und Bekleidung und

Bergbau und Energie haben sich für die Vorruhestandsregelung ausgesprochen.

Der Vorsitzende der IG-NGG, Günter Döding begrüßt ausdrücklich die Vorruhestandsregelung: „Begrüßenswert ist die Einbeziehung der 58jährigen in den Kreis der Anspruchsberechtigten. Die Absenkung des Einstiegsalters von – wie im Gesetzentwurf vorgesehen – bisher 59 auf das 58. Lebensjahr bedeutet rein rechnerisch ein Mehr von 280 000 Menschen, die in den Vorruhestand gehen können. Dies ist ein beschäftigungspolitisch dringend erforderlicher Schritt, für den wir uns von Anfang an eingesetzt haben.“

Die Umfragen zur Vorruhestandsregelung bestätigen, daß es beim Streik um die Interessen der Arbeitnehmer geht. Vielmehr geht es bei der Durchsetzung der 35-Stunden-Woche um eine Veränderung gesellschaftlicher Machtverhältnisse, wie der stellvertretende IG-Metall-Vorsitzende Steinkühler auf einer Bezirkskonferenz seiner Gewerkschaft im vergangenen Jahr betonte.

U. a. erklärte Steinkühler: „Der Kampf um die 35-Stunden-Woche ist weit mehr als ein ökonomischer Kampf. Er ist ein Kampf um die Veränderung gesellschaftlicher Machtverhältnisse. Verkürzt dargestellt heißt das für uns, der Kampf um die 35-Stunden-Woche ... ist alles andere als ein partikularer Kampf, sondern für uns ein Kampf von höchster gesamtgesellschaftlicher Bedeutung, weil er letzten Endes geführt wird ... um den Bestand des heutigen Rechtsstaates in seiner heutigen Ausprägung, die uns nicht gefällt und die wir weiter verändern wollen. Wenn wir diesen Kampf nicht gewinnen, muß man davon ausgehen, daß die Basis für un-

sere weitergehenden Ziele schlichtweg durch Veränderung entzogen wird . . . Der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit ist ein Kampf um Einflusphären.“

Auch der Karlsruher Beschluß der IG-Metall Baden-Württemberg vom Juni 1983 macht diese Haltung deutlich: „Der Kampf um die 35-Stunden-Woche ist weit mehr als ein nur ökonomischer Kampf. Er ist ein Kampf um die gesellschaftlichen Machtverhältnisse.“ Diese Aussagen sind um so verwunderlicher, als die Gewerkschaften 13 Jahre lang die arbeitsplatzvernichtende Politik der SPD unterstützt haben. Während der SPD-Regierung ist die Zahl der Arbeitslosen von 150 000 im Jahre 1970 auf weit über 2 Millionen Ende 1982 angestiegen. Während die SPD viele Milliarden Mark ohne sichtbare und nachhaltige Wirkung in 17 Beschäftigungsprogrammen verpulverte, behinderte sie aus ideologischen Gründen im Energiebereich sowie auf dem Gebiet der Kommunikationstechnologie Investitionen in Milliardenhöhe. Dadurch wurden die Entwicklung und Einführung neuer Techniken blockiert und die Schaffung tausender neuer Arbeitsplätze verhindert. Ein klassisches Beispiel dafür ist der Verkabelungsstopp der Regierung Schmidt vom September 1979. Die von der Bundespost bereits angekündigte Verkabelung von 11 Großstädten wurde kurzerhand verboten und damit der Aufbau eines modernen Kommunikationsnetzes verhindert. Hiermit wurden zigtausende von Arbeitsplätzen vernichtet. Ebenso gingen durch die Verzögerung der Genehmigungen im Kraftwerkbau der Volkswirtschaft arbeitsplatzschaffende Investitionen in Milliardenhöhe verloren. Dagegen wurden z. B. in den USA, wo neue Technologien verstärkt eingesetzt wurden, seit

1970 20 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen.

Die CDU setzt auf den Einsatz neuer Technologien. Mit ihnen werden wir die Herausforderungen der Zukunft meistern. Deshalb haben wir auf dem 32. Bundesparteitag die Stuttgarter Leitsätze verabschiedet. Die CDU will mit den Leitsätzen einen Beitrag zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft in den 80er Jahren unter den geänderten wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen leisten. Es geht darum, den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft wieder Geltung zu verschaffen und den Bestand der Bundesrepublik Deutschland als „humane und moderne Industrialisation“ zu sichern.

Zu den wichtigsten Aufgaben der Sozialen Marktwirtschaft in den 80er Jahren gehört insbesondere eine Neugestaltung des Arbeitsmarktes. Durch eine offensive Arbeitszeit-, Arbeitsmarkt- und Arbeitsrechtspolitik soll eine Spaltung der Gesellschaft in Arbeitsplatzinhaber und Arbeitsplatzsuchende verhindert werden. Die Einführung neuer Technologien muß dazu genutzt werden, erweiterte Spielräume für humanere Arbeitszeiten, -bedingungen und -strukturen zu schaffen. Arbeitsrechtliche Vorschriften müssen dort flexibler gestaltet werden, wo diese zu einer Erweiterung von Beschäftigungsmöglichkeiten führt.

Die neuen Technologien bieten die Chance, Arbeitsbedingungen flexibel zu gestalten. Gesetzgeber und Tarifparteien müssen dabei die Voraussetzungen schaffen, daß dem Bedürfnis, Arbeit und Freizeit in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen, entsprochen werden kann, ohne daß dies die individuellen Arbeitswünsche und die soziale Absicherung in unzumutbarer Weise gefährdet.

HEINER GEISSLER:

Die SPD ist auf dem besten Wege eine Job-Killer-Partei zu werden

Der Aufschwung hat Rückenwind, die Auftriebskräfte sind im Grunde genommen stark genug, um eine Fortsetzung des selbsttragenden Aufschwungs zu sichern. Die Wirtschaft wächst wieder; die Arbeitslosigkeit sinkt, die Inflation ging um die Hälfte zurück, die Exporte steigen, neue Unternehmen schaffen neue Arbeitsplätze. Unsere Chancen für eine wirtschaftliche Gesundung stehen besser denn je. Wie lange noch?, lautet die berechtigte wie besorgte Frage. Der Streik ist da. Eine neue alte Koalition legt Hand an den Aufschwung: Die SPD im Schulterschuß mit der IG-Metall und der IG-Druck für die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich.

Es gibt einen engen Zusammenhang zwischen Arbeitskosten und Löhnen auf der einen Seite und mehr Arbeitsplätzen auf der anderen Seite, darüber sind sich die ansonsten zerstrittenen Gelehrten einig. Im Klartext formuliert, wenn Arbeit zu teuer wird, dann werden viele Arbeiten überhaupt nicht mehr gemacht, andere von Maschinen übernommen oder Menschen im Fernen Osten beschäftigt. Arbeitskampf und 35-Stunden-Woche machen Arbeit zu teuer. Diese Politik bringt zusätzlich Arbeits-

plätze in Gefahr. Sie ist auch auf dem besten Wege, den Aufschwung kaputt zu machen. Mit der Unterstützung der SPD wird wirtschaftspolitisches Porzellan zerschlagen. Die SPD wird damit zur Partei der Job-Killer. Für sie ist die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche eine gesellschaftliche Machtprobe, die allerdings auf dem Rücken und zu Lasten der Arbeitnehmer inszeniert wird. Wer wirtschaftspolitische Sachfragen zur Machtfrage hochstilisiert, ist blind gegenüber den Folgen eines Arbeitskampfes. Die Realisierung der 35-Stunden-Woche in den gewerkschaftseigenen Unternehmen wird mit dem Kostenargument abgelehnt. Das gilt aber für alle Unternehmen.

Der Bundeskanzler hat sich nicht auf die Seite der Unternehmer geschlagen, sondern auf die Seite der Sachargumente. Er sieht klar die ökonomischen und sozialen Folgen einer Durchsetzung der 35-Stunden-Woche, und da war es unmöglich, einfach zu schweigen.

Die SPD souffliert Teilen der Gewerkschaften, mit ihren Forderungen bereits heute die Produktivitätszuwächse von morgen zu beanspruchen. Damit werden Staat, Wirtschaft und die Gewerkschaften selbst ihrer dringend notwendigen Spielräume beraubt, um die im Zuge des Strukturwandels notwendigen Anpassungen realisieren zu können. Diese Spielräume werden dringend gebraucht, um die zurückliegende Krise zu bewältigen. Eine Politik der Vorweg-

nahme von zukünftigen Produktivitätszuwächsen gefährdet letztendlich vorhandene und schafft keine neuen Arbeitsplätze. In den Feiertagsreden zum 1. Mai sprechen Sozialdemokraten und einzelne Gewerkschaften leicht von der Solidarität zwischen denen, die Arbeit haben und denen, die Arbeit suchen.

Doch die von der SPD mitforcierte faktische Politik einzelner Gewerkschaften schickt sich an, die neue Klassengesellschaft zu zementieren. Diese knallharte Politik einzelner Gewerkschaften im Verein mit der SPD kann mit von Nell-Breuning als „ausgesprochener Klassenkampf von oben“ bezeichnet werden, d. h. der Arbeitsplatzbesitzer gegen die Arbeitslosen. Wird diese Politik so weiterbetrieben, dann kann wohl kaum mehr davon gesprochen werden, die SPD wäre ein Anwalt von Arbeitnehmerinteressen. Und eines muß klar sein, die SPD wandelt sich von der intellektuell unterwanderten Arbeiterpartei zur Streikpartei, darüber können auch verbale Winkelzüge nicht hinwegtäuschen.

Der Arbeitskampf zerstört die Wiederbelebung unserer Wirtschaft und führt zu Milliardenausfällen bei der Sozialversicherung und bei der Lohnsteuer. Die 13 Jahre lang produzierte SPD-Krise mit Massenarbeitslosigkeit und Pleitewelle reicht den Sozialdemokraten anscheinend nicht aus. Sie wollen nicht den Aufschwung, sondern nehmen die Krise offenbar in Kauf. Die Krise war schon immer das Kapital der Sozialisten. Eine Sanierung schafften sie allerdings nie. Ihre Wirtschaftspolitik landete bisher immer vor dem Konkursrichter.

Zitate zum Streik

Am Grabe der Vernunft

... Als Leidtragende stehen an der makabren Grabstätte alle jene, die Hoffnung auf den wirtschaftlichen Aufschwung setzten. Das sind vor allem die über zwei Millionen Arbeitslosen, deren Zukunft von den Investitionen und der Risikobereitschaft möglichst vieler Unternehmen abhängt.

FAZ, 18. 5. 1984

... Statt wirtschaftlicher Vernunft hat sich der Radikalismus einiger Gewerkschaftsführer durchgesetzt.

... Mit einer Tarifaueinandersetzung haben diese Streiks, wie es scheint, inzwischen kaum noch etwas zu tun.

General-Anzeiger, Bonn, 14. 5. 1984

... Dauert der Streik lange, ist der Aufschwung in Gefahr. Noch mehr Arbeitsplätze sind gefährdet.

Bild-Zeitung, 15. 5. 1984

... Daß sie, die qualifizierten Facharbeiter und Angestellten der Automobilindustrie, jetzt um Sozialhilfe bitten müssen, statt die von den Arbeitgebern angebotene Lohnerhöhung entgegenzunehmen, verdanken sie dem Mutwillen von Gewerkschaftsfunktionären, die das Augenmaß verloren haben.

Abendpost-Nachtausgabe, 16. 5. 1984

Steuermoral mit doppeltem Boden

Wie das sprichwörtliche Kind liegt die Parteispenden-Amnestie nun im Brunnen, und da holt sie keiner wieder heraus. Was damit angerichtet worden ist, zeigt ein Brief des früheren Bundesbankpräsidenten Karl Klasen, den wir an anderer Stelle abdrucken.

Klasen gehört wie viele ehrbare Bürger zu den Leuten, die sich auf die Rechtmäßigkeit der von den Parteien so genannten „Umwegfinanzierung“ verlassen haben. Er sammelte zweimal – 1976 und 1980 – in der Wirtschaft Geld für die Wahl von Helmut Schmidt und wußte, daß es dafür steuerrelevante Quittungen gab. Jetzt steht er als ein Mann im Zwielicht da, der vom Oberstaatsanwalt vernommen wird.

Wir haben in dieser Zeitung den Fall Halstenberg (SPD) nachgezeichnet (F.A.Z. vom 11. Mai), der in den Siebziger Jahren Finanzminister in Nordrhein-Westfalen war und in der Parteispenden-Affäre 1975 den ersten großen Unterdrückungsversuch gegen den Steuerfahnder Klaus Förster unternommen hat.

Halstenberg bestreitet das natürlich, aber wie weit die Dinge damals gediehen waren, zeigt der (spätere) Versuch der Staatsanwaltschaft Bonn, ein Ermittlungsverfahren wegen „Strafvereitelung im Amt“ gegen hohe Ministerialbeamte des Düsseldorf Finanzministeriums einzuleiten, die Förster massiv unter Druck gesetzt hatten, den entdeckten Unregelmäßigkeiten vorläufig nicht weiter nachzugehen. Das Verfahren wurde abgewürgt, weil der damalige Justizminister Posser (SPD) den beteiligten Beamten die Aussagegenehmigung verweigerte. Der CDU zuliebe hat er das bestimmt nicht getan.

Immer wieder ist behauptet worden, jedermann habe die Rechtswidrigkeit jener – von der Finanzverwaltung jahrelang geduldeten – „Umwegfinanzierung“ kennen können. Er habe nur ins Gesetz zu schauen brauchen, wo dazumal eine Grenze von 600/1200 Mark für die Abzugsfähigkeit von Parteispenden festgelegt war. Aber niemand hat bisher ein Wort darüber verloren, daß Berufsverbände aller Art – Unternehmervereinigungen wie Gewerkschaften – bis zu 25 Prozent ihrer Beitragseinnahmen den Parteien zuwenden dürfen. Und diese Regel gilt unangefochten bis heute. Das Bundesverfassungsgericht hat sie in allen anhängigen Verfahren ignoriert, obwohl Niedersachsen bei seiner Normenkontrollklage von 1978 auch diesen Punkt zur Sprache gebracht hatte.

Bundesfinanzminister Matthöfer hat noch im August 1980 an einen auskunftsheischenden Steueranwalt der CDU geschrieben, der wegen der Zulässigkeit des Spenden-Privilegs für Berufsverbände (nach dem Verfassungsgerichtsurteil von 1979) Zweifel bekommen hatte: Solche Zweifel seien unbegründet. Die im Jahre 1952 entwickelten Grundsätze des Bundesfinanzhofs, die das Berufsvereinigungs-Privileg begründet hätten, gälten unverändert weiter. Daß andere Staatsbürger Parteispenden von nur 600/1200 Mark steuerlich abziehen durften, ließ den Finanzminister kalt. Zu den Berufsvereinigungen zählen freilich – wie erwähnt – auch die Gewerkschaften. Das erklärt vielleicht einiges.

Diese doppelbödige Moral ist ein Teil jener Heuchelei, die die ganze Debatte durchzieht. Wer die „Umwegfinanzierung“ über die Berufsverbände wählte,

behält eine reine Weste. Wer hingegen an die „staatsbürgerlichen Vereinigungen“ zahlte, kommt nun vor den Kadi. Wer wertlose Gutachten verkauft, Spendengeld ins Ausland verschoben und dort „gewaschen“ hat (wie vorzugsweise die FDP), der wußte allerdings, was er tat, und sollte dafür auch zur Rechenschaft gezogen werden.

Aber ein Ehrenmann wie Karl Klasen hat mit Sicherheit guten Glaubens gesammelt und quittiert. Um solche Helfer (aus allen Parteien) zu schützen, hat Schatzmeister Kiep von der CDU vor einem Jahr der Bonner Staatsanwaltschaft ein Musterverfahren gegen sich und beliebige Spender angeboten, um endlich einmal nicht nur die einschlägigen Ansichten der Staatsanwaltschaft, sondern auch die der Gerichte festzustellen. Die Antwort war negativ; das Strafprozeßrecht mag da eine Rolle spielen.

So geht die Jagd auf den Steuerbürger weiter. Keine Rede davon, daß alle Bagatellfälle niedergeschlagen würden. Uns liegt ein Strafbefehl über 30 000 Mark gegen einen Unternehmer vor, der im Jahre 1976 seinem Berufsverband (einmalig) auf Empfehlung eines Parteifunktionärs eine Zahlung von 10 000 Mark zukommen ließ und damit weniger als 6000 Mark Steuern sparte. Die Zahlung

war – so der Strafbefehl – von dem Berufsverband „nicht satzungsgemäß verwandt worden, sondern (diente) der mittelbaren Parteifinanzierung“. Als sich der Steuerpflichtige mit einer auferlegten Buße nicht einverstanden erklärte, beantragte Staatsanwalt Messer (Bonn) eine Strafe von 30 000 Mark, ungeachtet der im Strafbefehl vermerkten Tatsachen, „daß der Beschuldigte einer im Rahmen der verdeckten Parteifinanzierung vielfach gepflogenen Übung gefolgt ist“. Das Ganze war – wie fast immer – von einer Durchsuchung der Arbeits- und Geschäftsräume des Beschuldigten begleitet. So laufen „Bagatellfälle“ ab.

Dies steht natürlich nicht in den einschlägigen Gazetten, die seit Wochen die Kampagne betreiben. Aber die Steuererzähler werden es sich merken: So läßt man sich nicht ein zweites Mal behandelnd. Vor allem nicht von jenen Parteien, die plötzlich ihr ach so rechtsstaatliches Gewissen entdecken, nachdem sie zuvor die Spender in alle möglichen steuerlichen Fallen gelockt haben. Wie schreibt doch Karl Klasen? „Es beschämt mich, daß ich (meinen) Freunden geraten habe, etwas zu tun, was ihnen von den Beschenkten einen solchen Undank einbringt.“

(FAZ, 21. 5. 84)

35-Stunden-Woche in der SPD:

Antragskommission lehnt ab

Der SPD-Ortsverein Hard-Venn (Niederrhein) beantragte einen Beschluß des SPD-Parteitages, auch in den SPD-Organisationen die 35-Stunden-Woche einzuführen.

Klare Sache? Die Antragskommission (Mitglieder u. a. Oppositionsführer Vogel, Apel, Ehmke, Eppler) lehnte den Antrag ab. So wie ja auch die gewerkschaftseigenen Unternehmen co op, Bank für Gemeinwirtschaft, Volksfürsorge die 35-Stunden-Wochen nicht eingeführt haben.

Sprichwort: Wasch' mir den Pelz, aber mach mich nicht naß ...

32. BUNDESPARTEITAG

■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Redebroschüren und Materialien des 32. Bundesparteitages

NEU

Rede von Helmut Kohl:

„Mit Zuversicht
in eine menschliche Zukunft“

In seiner Rede zog Helmut Kohl die Bilanz des ersten Jahres der Legislaturperiode. Er stellte fest, daß die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft zu einer unübersehbaren Trendwende geführt habe. Wirtschaftsaufschwung, stabile Preise und der Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit sind sichtbare Erfolge der Bundesregierung. Im zweiten Teil seiner Rede machte Helmut Kohl grundsätzliche Ausführungen zur zukünftigen Regierungsarbeit. Es gelte, die Werte des Grundgesetzes zu verwirklichen, eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht zu schaffen, in der selbständige und mündige Bürger leben und arbeiten, den Wettbewerb von Ideen und Begabungen zu fördern und neue Kraft aus Selbstvertrauen und Zuversicht zu schaffen, um die Zukunftschancen unserer Gesellschaft zu wahren.

Rede von Helmut Kohl:

„Mit Zuversicht
in eine menschliche Zukunft“

Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme 20,00 DM
Bestell-Nr.: 35 77

NEU

Rede von Heiner Geissler:

„Deutschlands Zukunft als moderne
und humane Industrienation“

Heiner Geissler gab in seiner Rede einen Überblick über die Arbeit der CDU im vergangenen Jahr, besonders der Erfolg der Aktion „10.000 Friedenstag“ wurde noch einmal hervorgehoben. Im Anschluß daran folgte

eine Einführung in die „Stuttgarter Leitsätze“. Als wesentliches Ziel hob Heiner Geissler die Schaffung einer Industrienation hervor, die zugleich modern und human sei. Ziel muß es sein, eine Gesellschaft zu verwirklichen, in der die Lebens- und Arbeitsbedingungen menschlicher gestaltet sind und in der die Familie einen festen Platz hat.

Rede von Heiner Geissler:

„Deutschlands Zukunft als moderne
und humane Industrienation“

Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme 20,00 DM
Bestell-Nr.: 35 79

NEU

Rede von Alfred Dregger:

„Unsere Politik
für Deutschlands Zukunft“

Alfred Dregger leitete seine Rede mit einem geschichtlichen Überblick ein. Er stellte fest, daß deutsche Politik, die das Glück Europas nicht einbeziehe, im deutschen Unglück enden müsse. Als wesentliche Aufgabe für die zukünftige Arbeit der Fraktion führte Alfred Dregger die Steuerreform an. Er brachte seine Überzeugung zum Ausdruck, daß bei der Tarifreform für Lohn- und Einkommenssteuer ebenso wie beim Familienlastenausgleich eine einmütige Lösung gefunden werden könne.

Rede von Alfred Dregger:

„Unsere Politik
für Deutschlands Zukunft“

Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme 20,00 DM
Bestell-Nr.: 35 76

NEU

Broschüre

„Deutschlands Zukunft als moderne und humane Industrienation.“

Stuttgarter Leitsätze für die 80er Jahre“

Mit den Stuttgarter Leitsätzen hat der CDU-Bundesparteitag die Grundlage der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der CDU für die 80er Jahre beschlossen. Nach einer Analyse des gesellschaftlichen und technischen Wandels unserer Zeit werden in den Leitsätzen politische Perspektiven und Ziele ausführlich beschrieben: Wir brauchen verbesserte Rahmenbedingungen für Wirtschaft, Forschung und moderne Technik. Wir müssen den Umweltschutz als gleichrangiges politisches Ziel ansehen und Arbeitsmarkt und Arbeitszeit neu gestalten. Die Reform des Familienlastenausgleichs und die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen sind weitere wichtige Ziele.

Broschüre

„Deutschlands Zukunft als moderne und humane Industrienation.“

Stuttgarter Leitsätze für die 80er Jahre“

Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme 16,00 DM
Bestell-Nr.: 57 78

NEU

Broschüre

„Aufruf der Christlich Demokratischen Union Deutschlands zur Wahl des Europäischen Parlaments am 17. Juni 1984“

Mit diesem Wahlaufruf werden die Wähler aufgerufen, am 17. Juni 1984 die CDU und damit die deutsche Europapartei zu wählen. Europa ist für uns alle lebenswichtig, denn

- Europa sichert Frieden und Freizügigkeit
- Europa sichert Wohlstand und Arbeit
- Europa sichert eine natürliche Umwelt
- Die Europäische Einigung sichert unsere Zukunft

Broschüre

„Aufruf der Christlich Demokratischen Union Deutschlands zur Wahl des Europäischen Parlaments am 17. Juni 1984“

Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme 8,50 DM
Bestell-Nr.: 55 71

NEU

Broschüre

„Aktionsprogramm der Europäischen Volkspartei (EVP) für die 2. Wahlperiode des Europäischen Parlaments“

Das Aktionsprogramm wurde auf dem V. Kongreß der EVP, der vom 2.-4. April 1984 in Rom stattfand, einstimmig angenommen. Es enthält die Ziele für die Arbeit der EVP in den nächsten fünf Jahren.

Broschüre

„Aktionsprogramm der Europäischen Volkspartei (EVP) für die 2. Wahlperiode des Europäischen Parlaments“

Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 17,00 DM
Bestell-Nr.: 3562

Hinweis:

Das Protokoll des 32. Bundesparteitages, Stuttgart 9. bis 11. Mai 1984 kann ab sofort beim IS-Versandzentrum bezogen werden.

Mindestabnahme: 1 Exemplar (3teilig)
Preis pro Mindestabnahme: 15,00 DM
Bestell-Nr.: 35 66

ACHTUNG:

Am Wahltag, dem 17. Juni 1984 werden die Wahllokale bis 21.00 Uhr geöffnet sein!

Ausnahme Rheinland-Pfalz: Dort endet die Stimmabgabe für die Kommunalwahl um 18.00 Uhr.

Termine der Fernsehspots der CDU:

Dienstag,	22. 5. 1984	21.00 ARD
Donnerstag,	24. 5. 1984	20.15 ARD

Streik - Die SPD will den Aufschwung nicht!

Der Aufschwung muß weitergehen.

Die Regierung Helmut Kohl hat gehalten, was sie versprochen hat: Der Aufschwung ist da.

- Unsere Wirtschaft wächst 1984 um nahezu drei Prozent.
- Die Staatsverschuldung ist gebremst.
- Die Preise sind wieder stabiler.
- Die Exporte nehmen zu.
- Die Arbeitslosigkeit sinkt.

Soll das alles umsonst sein?

Die SPD unterstützt den Streik. Ohne Rücksicht darauf, daß so der Aufschwung kaputtgemacht werden kann. Sind ihr die Gefahren für die Arbeitsplätze gleichgültig?

Die SPD ist beim Kampf um die 35-Stunden-Woche mit den Gewerkschaften IG Metall und IG Druck und Papier solidarisch... Sie ist solidarisch und Paper jetzt beim Streik der Gewerkschaften, in gerade jetzt beim Streik der bestreikten Betrieben.
Bonn und vor Ort, in den bestreikten Betrieben, am 15.05.1984
peter Glotz, SPD-Bundesgeschäftsführer

Sieht die SPD nicht die schlimmen Folgen für uns alle?

Stärken Sie den Aufschwung!
Schaffen Sie ihm freie Bahn. Wählen Sie CDU.

CDU



Aufwärts mit Deutschland.
Mit uns für Europa.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

Neuwahl des Bundesparteigerichtes

Der Bundesparteitag wählte in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen für die Zeit vom 7. 11. 1984 bis 6. 11. 1988 folgendes Bundesparteigericht der CDU:

Ordentliche Mitglieder:

Dr. Heinrich Barth, Bonn (Vorsitzender), Staatssekretär a. D.

Frau Dr. Ilse Becker-Döring, Braunschweig, Rechtsanwältin und Notarin

Dr. Eberhard Kuthning, Schleswig, Präsident des Oberlandesgerichts Schleswig

Dr. Emil Scherer, Mainz, Präsident des Landessozialgerichts Rheinland-Pfalz

Friedrich Wilhelm Siebeke, Düsseldorf, Rechtsanwalt

Stellvertretende Mitglieder:

Karlheinz Keller, Freiburg/Brsg., Präsident des Oberlandesgerichts Karlsruhe
sowie Präsident des Staatsgerichtshofs Baden-Württemberg

Dr. Walter Kiwit, Siegburg, Oberkreisdirektor des Rhein-Sieg-Kreises

Gerhard Kleineidam, Berlin, Landespolizeidirektor

Helmut Rehborn, Dortmund

Oberstaatsanwalt bei dem Generalstaatsanwalt in Hamm

Dr. Günter Wiechens, Zierenberg/Kassel

Senatspräsident am Hessischen Verwaltungsgerichtshof

Union in Deutschland – Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41.
Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lütjhe, Eberhard Luetjohann.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50).
Abonnementspreis jährlich 48,- DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD